

Das Gymnasium als Faktum

Die Ablehnung eines Antrages von Gymnasialkolleg_innen auf dem Gewerkschaftstag zeugt von einem falschen bildungspolitischen Blick auf die Realität

Dem Hamburger Gewerkschaftstag am 21. Mai lag ein von vielen Kolleg_innen unterzeichneter Antrag vor mit dem Auftrag an den Landesvorstand, „die besonderen Probleme der Kolleginnen und Kollegen an den Hamburger Gymnasien zu erfassen, strukturiert zu bearbeiten und Lösungsvorschläge zu erarbeiten“, um diese ab 2020 in eine Kampagne münden zu lassen. Der Antrag erfuhr Zuspruch und wütende Ablehnung bis hin zur Unterstellung, das „Bildungsziel des Gymnasiums“ sei die „Selektion“. Der Antrag wurde drei Mal abgestimmt, bis sich endlich eine knappe Mehrheit gegen ihn fand.

Dies setzt ein fatales Signal für unsere Kolleg_innen an den Gymnasien. Es geht um ihre Probleme an ihrem Arbeitsplatz, und die bleiben bestehen. – Das gilt unabhängig vom Ergebnis einer Abstimmung oder der persönlichen Bewertung einer Schulform.

Lange sind wir davon ausgegangen, dass eine Schulstrukturreform in Hamburg möglich ist und diese – etwa in Form der „Einen Schule für Alle“ – einen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit leisten kann. Lange sind viele auch – zumindest implizit – davon ausgegangen, dass das Gymnasium nicht die Schulform ist, die wir als Gewerkschaft unterstützen wollen. Das haben auch die Kolleg_innen an den Gymnasien mitbekommen – als vermeintliche Panklehrer aus der Kreidezeit, pädagogisch weitestgehend schimmerlos, mit einer selbsternannten Eliteschüler-schaft beschäftigt.

Doch wir dürfen nicht davon ausgehen, dass an Gymnasien kein bildungspolitisches Ethos herrscht.

Ein Gutteil der Gymnasiallehrkräfte sind GEW-Mitglieder. Das sind sie nicht ohne Grund: auch sie wünschen sich Bildungsgerechtigkeit. Sie wollen, dass alle die Schüler_innen auf dem Gymnasium erfolgreich sein können – unabhängig vom Stallgeruch. Viele dieser Lehrkräfte haben „Eine Schule für Alle“ unterstützt. Die meisten von ihnen sind gerne spezialisierte Fachlehrer_innen – weil sie ihr Fach für bildend halten.

Es ist daher Aufgabe der GEW, sich auch um die Belange dieser Kolleg_innen zu kümmern (vgl. § 3 unserer Satzung) und zwar mit dem bildungspolitischen Blick, der unsere Gewerkschaft auszeichnet.

Realistischer Blick auf die Verhältnisse

Die Vergangenheit hat für uns als GEW bittere Pillen bereithalten. Nach dem Steckenbleiben von „Einer Schule für Alle“ und der Primarschulreform sind die Verhältnisse zementiert. Die

Es ist auch die Aufgabe der GEW, sich um die Belange der Lehrenden an Gymnasien zu kümmern

Hoffnungen, durch eine Schulstrukturreform zu mehr Bildungsgerechtigkeit zu gelangen, sind an der politischen und vor allem gesellschaftlichen Realität Hamburgs zerschellt. Eine Mehrheit der Hamburger_innen hält das Gymnasium für die bessere Schulform und wird wie 2010 dafür sorgen, dass es erhalten bleibt. Sie meldet ihre Kinder am Gymnasium an oder täte das zumindest gern.

Zugleich sehen wir in vielen

Bereichen, dass der Einfluss des Elternhauses so massiv ist, dass er trotz aller schulischer Fördermaßnahmen weiterhin bestimmend bleibt. Exemplarisch seien Lesefertigkeit, Beherrschen von „Bildungsdeutsch“, Kontrolle des Medienkonsums und die Verfügbarkeit von häuslicher Unterstützung genannt – vom Taschepacken übers Hausaufgaben-Kontrollieren bis zum Erstellen von Präsentationen ganz zu schweigen. Wer hier hat, dem wird auch weiterhin – trotz Förderangeboten, Differenzierung und Ganztages-schule – mehr gegeben als anderen.

Halten wir fest: Keine Schulstrukturreform wird soziale Segregation beseitigen – sie verlagert sie allerhöchstens nach hinten. Eine Abschaffung des Gymnasiums in Hamburg wird es in absehbarer Zeit nicht geben. Wir müssen uns bildungspolitisch an den Realitäten orientieren und die Schulform „Gymnasium“ daher als Faktum sehen.

Belange der Kolleg_innen

Jede_r achte Schüler_in musste im vergangenen Schuljahr am Ende der sechsten Klasse vom Gymnasium auf die Stadtteilschule wechseln. Diese Quote steigt seit Jahren an (vgl. <https://www.hamburg.de/schuljahr->

in-zahlen/4895080/schulformwechsel/), an einzelnen Gymnasien betrug sie über 20 Prozent. Das ist für Schüler_innen traumatisierend und für Kolleg_innen frustrierend: Selektion ist niemandes pädagogisches Ziel. Aber die Möglichkeiten, diese Schüler_innen an Gymnasien zu fördern, fehlen – und zwar sowohl den Ressourcen nach wie von den Strukturen her. Einige Beispiele:

In Klasse 6 können Schüler_innen, für die der Wechsel auf die Stadtteilschule unausweichlich ist, den Sinn hinter der zweiten Fremdsprache und anderen Unterrichtsfächern nicht mehr sehen. Sie müssen aber zusammen mit den anderen unterrichtet werden – entlang den Bildungsplan-Anforderungen für den erfolgreichen Übergang in die gymnasiale Mittelstufe. Dies bedeutet in der Praxis, dass diese Schüler_innen sich innerlich vom Unterricht verabschieden – sie verstehen einfach nichts mehr – und ihre Langeweile mit dem Einüben von Lethargie oder herausforderndem Verhalten kompensieren.

Schüler_innen, die im Verlauf der Mittelstufe den fachlichen Anforderungen des Gymnasialunterrichts nicht gewachsen sind, häufen bis zum Ende der Klasse 10 in einer als Zwang verstandenen Schule Misserfolgserlebnis auf Misserfolgserlebnis. Die Bildungsangebote sind bei ihnen nicht angekommen; die Zeit war für sie vergeudet.

Für viele Kinder auch am Gymnasium sind Schulbücher die einzigen Bücher, die sie lesen. Sprachförderung (bzw. eine Ressource dafür) fehlt aber. So können bildungsfern aufgewachsene Kinder nicht erfolgreich auf das Abitur und ein Studium mit seiner Fachsprachlichkeit vorbereitet werden.

Zusammenfassend: Auch an Gymnasien müssen die Kolleg_innen einen gewaltigen Spagat angesichts der vorhande-

nen Heterogenität machen und gleichzeitig das vorgegebene Ziel Studierfähigkeit und Abitur anstreben.

Bildungspolitik

Wenn wir entscheiden, wie wir die Beschäftigungsbedingungen verbessern wollen, sollten wir uns zuerst über unsere bildungspolitischen Ziele klar werden.

Das Ziel der Bildungsgerechtigkeit bedeutet im schulischen Kontext u. a., all jenen eine realistische Chance auf einen Abschluss zu geben, die die damit verbundenen Anforderungen erreichen könnten. Dabei soll allein das eigene Leistungsvermögen zählen – nicht der soziale Hintergrund und die Zufälligkeiten der Sozialisation. Nur so können wir

Das humanistische Ziel ist in den letzten Jahren auch in der GEW aus dem Blick geraten zugunsten eines verdeckt marktradikalen, verwertungsorientierten Ausbildungsbegriffs

die zahlreichen schulischen Fördermaßnahmen rechtfertigen: Es geht immer darum, Potentiale zu verwirklichen, nicht der sozialen Herkunft zu folgen.

Das Ziel pädagogischen Handelns ist nicht das Verteilen von Abschlüssen. Grundlegend ist vielmehr das emanzipatorische Ziel, die „Zöglinge“ zu einem selbstbestimmten, ganzheitlich erfüllten und verantwortungsbewussten Leben zu führen. Dahinter steckt das Ideal einerseits der Vermittlung von praktisch verwendbaren Kompetenzen, andererseits aber – und wichtiger – eine ethisch-humanistische Fundierung des Lebens. Dieses humanistische Ziel der allgemeinen Bildung, in seiner höchsten Stufe das Erzeugen von Studierfähigkeit (nicht nur fachlich, sondern hinterfragend!)

war immer auch gewerkschaftlicher Konsens. Denn es bedeutet Emanzipation statt Erzeugen von human resources, Selbstbestimmung statt Tauglichkeit als Rad im Getriebe. Dieses Ziel ist in den letzten Jahren auch in der GEW aus dem Blick geraten zugunsten eines verdeckt marktradikalen, verwertungsorientierten Ausbildungsbegriffs.

... wie weiter?

Fangen wir also an zu diskutieren, wie das Gymnasium sich entwickeln soll! Denn es wird nicht verschwinden.

Soll am Gymnasium auf das für alle gleiche Ziel „Abitur“ hin gefördert werden? Welche Fördermaßnahmen und -ressourcen sind dazu nötig? Welche Perspektiven gibt es für diejenigen, die das gemeinsame Ziel nicht erreichen werden?

Soll alternativ auf differente Bildungsziele hin gefördert werden? Welche Ziele werden das sein? Wie wird die Differenzierung in der Praxis umgesetzt?

Wenn auch Gymnasien abschlussoffen werden – bleibt diese Offenheit bis zum Schluss?

Wird der Unterricht binnendifferenziert und „individualisiert“ gestaltet – auf ein individuelles Abschlussziel hin? Wird damit das Gymnasium die beliebtere Form der Stadtteilschule? Wie vermeidet man Vereinzelung und schafft einen Diskurs in der Lerngruppe?

Welche Konsequenzen hat eine äußere Leistungsdifferenzierung? Ist sie hilfreich bspw. in Fächern mit hoher Progression, damit alle wirklich mitreden können?

Haben praxisbezogene Wahlfächer in der Mittelstufe das Potential, Schüler_innen zu bilden?

Wie wirkt sich eine erhöhte „Durchlässigkeit“ ab Klasse 7 aus?

Oder warten wir, bis die Verhältnisse anfangen zu tanzen?

ENGELBERT PROLINGHEUER
MATIAS TÖPFER